

Unsere Woche im Landtag



Newsletter vom 12. März 2021

von Ihrem Landtagsabgeordneten Bernhard Pohl

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Transparenz ist das Gebot der Stunde! Das haben die Vorgänge der vergangenen Woche um **dubiose Provisionszahlungen im Zusammenhang mit Maskengeschäften gezeigt.**

Es ist gut und wichtig, dass wir Abgeordnete gute Initiativen von Vereinen, Verbänden und Interessengruppen, aber auch Geschäftsideen aus der Wirtschaft voranbringen und Türen öffnen. **Das nutzt allen.**



Gerade in der Pandemie war es wichtig, schnell und unbürokratisch an Hilfsgüter zu kommen. Natürlich war da jeder von uns gefordert, wichtige Kontakte zu vermitteln – **unentgeltlich**, versteht sich.

Aber was ist denn dabei, das **öffentlich und transparent** zu machen? Als mich vor zwei Wochen mein Stadtratskollege Gerhard Bucher darauf aufmerksam gemacht hat, dass sein Unternehmen in der Lage ist, innerhalb kurzer Zeit pro Woche zwei Millionen Spucktests für schulpflichtige Kinder zu organisieren, habe ich schon am nächsten Tag mit Gesundheitsminister Klaus Holetschek und ihm einen Termin gemacht. Ich habe das auch mittels einer Pressemitteilung kommuniziert. Wo ist das Problem?

Wir **müssen offener, wir müssen transparenter** werden. Das ist das beste Rezept gegen Misstrauen. Und, ganz nebenbei: Wer solche Vorgänge öffentlich macht, wird wohl kaum auf die Idee kommen für derartige Vermittlungstätigkeiten eine Provision zu nehmen!

Rückblick

Zur Schaffung eines Lobbyregisters haben wir **unserem Koalitionspartner schon vor einigen Wochen einen Gesetzesentwurf zur interfraktionellen Abstimmung vorgelegt**,

sind dabei bislang aber an Widerständen innerhalb der CSU gescheitert. Wir als FREIE WÄHLER-Fraktion freuen uns sehr über die plötzliche öffentliche Unterstützung von Landtagspräsidentin Ilse Aigner für unseren Vorstoß zu



einem verpflichtenden Lobbyregister in Bayern. **Wir hoffen, dass es uns mit ihr gemeinsam gelingt, auch Aigners Fraktion von unseren Vorschlägen zu überzeugen und bestenfalls noch vor der Bundestagswahl umzusetzen.** Darüber hinaus ist es geboten, zügig die Regeln über die wirtschaftliche Betätigung von Abgeordneten sinnvoll zu überarbeiten.

Wohneigentum: wir unterstützen rund 56.000 Familien

Erfolgsmodell Eigenheimzulage: Dank des durch uns und unseren Koalitionspartner aufgelegten Programms konnten seit September 2018 rund 56.000 Bauwillige und Familien ihren Zuschuss von 10.000 Euro für die eigenen vier Wände in Anspruch nehmen. Insgesamt werden in dem Programm, das bis 31. Dezember 2020 aufgelegt war, mehr als 560 Millionen Euro ausgezahlt.

Bernhard Pohl, haushaltspolitischer Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion: „Um allen Bauwilligen, die innerhalb der Frist einen Antrag gestellt haben, die Förderung auszahlen zu können, brauchen wir zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 114 Millionen Euro. Eigentlich gibt es nur solange Geld, wie Haushaltsmittel vorhanden sind. **Wir waren uns jedoch innerhalb der Regierungsfaktionen einig, dass wir die Menschen nicht im Regen stehen lassen. Wir halten Wort!** Deshalb haben Josef Zellmeier und ich den Fraktionen gemeinsam mit unseren Baupolitikern empfohlen, trotz der wegen Corona knappen Kassen weiteres Geld bereitzustellen.“

Für die baupolitischen Sprecher der Regierungsfaktionen steht fest, dass sich Bayerns Weg in der Wohnungspolitik – mit allen Maßnahmen, Bauen und insbesondere den Weg ins Eigenheim zu fördern – auszahlt. So konnten

Impressum

neben der Eigenheimzulage, die bis Ende 2020 aufgelegt war, nur in Bayern Familien aufbauend auf der Förderung des Bundes das Baukindergeld Plus beantragen. Im Februar ist die von den Regierungsfractionen auf den Weg gebrachte **Novelle der Bayerischen Bauordnung** in Kraft getreten, **mit der Bauen einfacher, schneller und digitaler wird. Gefördert wird im Haushalt 2021 auch der soziale Wohnungsbau mit 846 Millionen Euro.** Wir stehen auch in schwierigen Zeiten zu dem, was die Politik versprochen hat! Die Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel stärkt gerade junge Familien, die den Zuschuss in besonderem Maße beantragt haben und die diesen Baustein für ihre Eigenheim-Finanzierung unbedingt benötigen. Deshalb haben wir uns massiv für die staatliche Unterstützung eingesetzt.

Hilfe für Corona-Hotspots – für eine schnelle Wiederöffnung der Grenzen

Bayern ist für eine zeitnahe Sonderlieferung aus Impfstoff-Überschüssen dankbar, die den besonders betroffenen Grenzlandkreisen zugutekommt. Mit dieser klaren Bitte haben sich Florian Streibl, Fraktionsvorsitzender der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag, und Europaausschussvorsitzender Tobias Gotthardt in einem gemeinsamen Schreiben bereits vergangene Woche an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von



der Leyen gewandt. Nachdem Tschechien, Tirol und zuletzt die Slowakei von Zusatzimpfstoffen aus europäischer Überproduktion profitiert haben, geht es nun darum, keine „lex Tschechien“ oder „lex Tirol“ zu schaffen. **Vielmehr ist es Ziel, die schnelle Wiederöffnung der Grenzen zu erreichen. Das aber funktioniert nur, wenn auch in Bayerns Grenzlandkreisen die Zahlen signifikant sinken.**

Der gemeinsame Brief ging vergangenen Freitag nach Brüssel. Über ein zusätzliches Impfstoff-Kontingent der EU erhalten unsere Grenzlandkreise in **Oberfranken und der Oberpfalz nun binnen der nächsten Tage 100.000 zusätzliche Impfdosen.** Genau das haben wir nach der Sitzung des Europaausschusses in einem Schreiben an EU-Kommissionspräsidentin

Impressum

Ursula von der Leyen angeregt. Wir sind sehr dankbar, dass sie dies so schnell und unbürokratisch aufgegriffen und umgesetzt hat. Dass das Kontingent jetzt kommt, ist nur wegen der tatkräftigen Vermittlung und Unterstützung auch durch die Vertretungen der Europäischen Kommission in Berlin und München möglich geworden – was eine echte Hilfe war.

Zunächst wurden Tirol und Tschechien, später die Slowakei, unbürokratisch mit zusätzlichen Impfdosen versorgt und das Vorhaben wissenschaftlich durch die EU begleitet. Auch im direkten Austausch mit Kommissionsvertretern haben wir unsere Forderung nach einem weiteren Zusatzkontingent bekräftigt. **Vier bis fünf Millionen zusätzliche Dosen** sollten ausreichen, um Hotspots in europäischen Grenzbereichen einen zusätzlich notwendigen Impfschub zu gewähren. Für uns geht es dabei auch um Ansehen und Glaubwürdigkeit der EU. Es ist ein kleiner Schritt für das Impfreime – aber ein großer, in diesen Tagen sicher nicht unnötiger, Imagegewinn für die Europäische Union.

Mehr innerdeutsche Zubringerflüge auf die Schiene verlagern

Die Deutsche Bahn und Lufthansa haben den Einsatz von „Supersprintern“ auf der Bahnstrecke von München zum Frankfurter Flughafen angekündigt. Die Fahrzeit wird drei Stunden betragen, von Nürnberg aus sind Bahnnutzer künftig in nur zwei Stunden am Frankfurter Flughafen. Dies ist ein weiterer bedeutsamer

Schritt, um Inlandsflüge auf die Schiene zu verlagern und damit ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. **Jetzt müssen auch am Flughafen München die Voraussetzungen geschaffen werden, um künftig Zubringerflüge auf die Schiene verlagern zu können.** Vor der Corona-Pandemie gab es am Flughafen München pro Jahr rund 40.000 Flugbewegungen zu Zielen, die weniger als 500 Kilometer entfernt liegen. Wenn es gelingt, diese Ultra-Kurzstreckenflüge auf die Schiene zu bekommen, wird auch der letzte Befürworter erkennen, dass es selbst in ferner Zukunft keine dritte Startbahn braucht.



Impressum

Züge, die nur noch an wenigen Bahnhöfen halten und dadurch schneller zum Ziel gelangen sind ein hervorragender Weg, um innerdeutschen Flugverkehr auf die umweltfreundlichere Schiene umzulenken und das Schienenangebot zu ergänzen. **Deshalb fordern wir Verkehrsministerin Schreyer auf, bei der Machbarkeitsstudie zur Schienenanbindung des zweitgrößten deutschen Flughafens München mehr Druck zu machen und so schnell wie möglich aktuelle Konzepte zur weiteren Entwicklung des Airports und seiner Einbindung in den regionalen und überregionalen Schienenverkehr vorzulegen.** Diese Konzepte sollen nahtlos in das gesamtbayerische Flughafenkonzept einfließen, das die FREIE WÄHLER-Fraktion 2018 im Koalitionsvertrag durchgesetzt hatte. Der Münchner Flughafen muss unbedingt in den Deutschlandtakt aufgenommen werden.

10 Jahre Fukushima

Am **11. März 2011** hat ein Tsunami in Japan zur **Nuklearkatastrophe geführt.** Eine Katastrophe, die uns allen deutlich bewusst macht: Atomkraft ist nur vermeintlich eine sichere und günstige Energiequelle. In Wirklichkeit handelt es sich um eine **Technologie, die selbst bei Wahrung höchster technischer Standards nicht vollständig beherrschbar ist.** Das Reaktorunglück von Fukushima hat gezeigt, dass der Preis, den wir und nachfolgende Generationen für die Nutzung der Atomkraft zahlen, viel zu hoch ist. Daher haben wir FREIE WÄHLER im Landtag den damaligen Beschluss der Bundesregierung, die **Energiewende entschlossen anzugehen, vom ersten Tag an mitgetragen.** Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen! In Bayern existieren aktuell noch zwei aktive Kernkraftwerke. Ihre gesetzlichen Abschaltzeitpunkte werden nicht verlängert. Demnach erlischt für das Kernkraftwerk Gundremmingen Block C die Berechtigung zum Leistungsbetrieb Ende 2021. Für das letzte bayerische Kernkraftwerk Isar II erfolgt dies Ende 2022. Solange gilt auch weiterhin: Sicherheit hat oberste Priorität. Das Gleiche gilt für die Suche nach einem atomaren Endlager. Diese muss zuverlässig, transparent und ausschließlich unter Berücksichtigung wissenschaftlicher Grundlagen erfolgen. **Gleichzeitig müssen wir die dezentrale Energiegewinnung aus erneuerbaren Ressourcen wie Wasser, Wind und Sonne in Bayern weiterhin konsequent und schnell vorantreiben.** Gemessen an den finanziellen Mitteln, die der Bund über viele Jahrzehnte in die fossile und atomare Energieversorgung investiert hat und noch investieren muss, können wir die ökologische Energiewende guten Gewissens intensivieren. Nicht zuletzt werden wir dadurch zunehmend unabhängiger von internationalen

Impressum

Rohstoffmärkten. **Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger setzt hier die Linie der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion für eine dezentrale, erneuerbare und bürgernahe Energiewende strikt um, damit wir in Bayern möglichst bald losgelöst von Kernkraft sowie fossilen Energieträgern sein werden.** Denn nur so können wir unser Ziel, bis 2050 Klimaneutralität für den Freistaat zu erreichen, verwirklichen.

ACHTUNG Inzidenzfalle!

👉 **(Selbst-)Tests = Normalität + Sicherheit**

👉 **Mehr Tests = höhere Inzidenz**

Die Öffnungsperspektive darf nicht alleine vom Inzidenzwert abhängen! Wer nachweislich eines frischen Tests kein Corona hat, soll auch in Regionen mit höherer Inzidenz risikofrei zur Schule, zum Sport, in den Handel, in die Gastronomie, zur Kirche oder zu Kunst und Kultur gehen dürfen! Entscheidend ist nicht die Inzidenzzahl, sondern die Frage, ob man sich und andere anstecken kann oder nicht. Dafür hat der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Strategie **Bernhard Pohl** ein Konzept mit dem 8-köpfigen Strategieteam erarbeitet, dem auch der Unterallgäuer Landrat Alex Eder (Freie Wähler) angehört.



Bayern im Jahr 2050

Wie wird Bayern in zwanzig oder dreißig Jahren aussehen? Wie stark wird sich der Klimawandel auf unsere Heimat auswirken? Und was kann jeder Einzelne von uns tun, um das Klimaabkommen von Paris auch auf lokaler Ebene mitzutragen? Das Interview mit **Umweltminister Thorsten Glauber** in unserer Fraktionszeitschrift „Nah dran“ finden Sie unter www.nah-dran.bayern! [KLICK]

Impressum



Ein Jahr Corona in Bayern

Unser Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident Hubert Aiwanger wirft im Live-Video-Interview mit der Mittelbayerischen Zeitung unter anderem einen Blick auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie. Das ganze Gespräch zum Nachschauen gibt's [hier!](#) **[KLICK]**

Meine Meinung:

Der Ruf nach den Grundrechten!

So belastend und im Einzelfall auch tragisch diese Pandemie auch ist, einige positive Aspekte hat sie dennoch hervorgebracht. Die Bedeutung der Grundrechte werden plötzlich vielen Menschen bewusst, weil sie ungewohnte Einschränkungen hinnehmen müssen.

Vor gut 30 Jahren hatte ich eine kleine Nebentätigkeit an einem Lehrstuhl für Staats- und Verfassungsrecht an der Uni München. Ich hatte damals die Meinung vertreten, dass die Existenz individueller Grundrechte einerseits und die Überprüfung durch unabhängige Gerichte, letztlich also die Gewaltenteilung andererseits die zentralen Errungenschaften unserer Verfassung sind, noch wichtiger als das Wahlrecht. Ich sehe das noch heute so.

Was ist eine Demokratie wert, wenn eine Mehrheit beliebig über Rechte der Minderheit oder einzelner Personen verfügen darf, ohne dass sich diese mit den Mitteln des Rechtsstaats wehren können? Die Frage von Recht und Unrecht hängt nicht an der Staatsform und auch nicht an der Art der Entscheidungsfindung. Im Extremfall: Wenn eine Mehrheit durch Volksentscheid die Tötung einer Minderheit beschließt,



Impressum

Bernhard Pohl | Mitglied des Bayerischen Landtags
Abgeordnetenbüro | Gutenbergstraße 2a | 87600 Kaufbeuren

ist das himmelschreiendes Unrecht, und zwar nicht aus demokratischen Gesichtspunkten -formal hat ja das Volk entschieden-, sondern weil es gegen die Grundrechte verstößt. Deshalb: Ein Staat ohne Grundrechte ist ein Unrechtsstaat!

Grundrechte sind ein Teil der Menschenwürde. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass jedes Grundrecht einen Menschenwürdekern besitzt. Deshalb kann es auch durch Verfassungsänderung nicht gänzlich beseitigt werden.

Schön, dass sich die Menschen wieder auf den Wert der Grundrechte besinnen. Bedenklich, dass die bloße Einschränkung von Grundrechten von manchen diskreditiert wird. Natürlich muss man sich fragen, wie weit darf der Staat die einen Grundrechte einschränken, um die Grundrechte anderer zu schützen. Diese Frage beantwortet am Ende der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit: Eine Grundrechtseinschränkung ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie zur Erreichung eines legitimen Zwecks geeignet ist, sie darf nicht über das erforderliche Maß hinausgehen und muss im Blick auf das verfolgte Ziel angemessen sein.

So erfreulich die Diskussion auch ist, so gefährlich ist die Verengung der Debatte auf einzelne Grundrechte. Vielen ist die Meinungs- und die Versammlungsfreiheit sehr wichtig, anderen der Datenschutz. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau, das Verbot von Diskriminierungen teilweise auch die allgemeine



Handlungsfreiheit, wenn es um die Einschränkung des täglichen Lebens in Corona Zeiten geht, all das wird thematisiert. Die Berufsfreiheit und insbesondere das Eigentum spielt in der öffentlichen Debatte eine immer geringere Rolle. Im Gegenteil: Das Eigentum soll zur Verfügungsmasse der Allgemeinheit werden, wenn es nach den Vorstellungen einiger Parteien geht.

Ich rede jetzt nicht von dem Unsinn, der gerade in Berlin passiert. Hier wird der Versuch unternommen, ein großes Wohnungsbauunternehmen zu enteignen. Das ist unter engen Voraussetzungen nach Art. 15 Grundgesetz sogar möglich, allerdings nur gegen Entschädigung. Da muss der Staat, das Geld, was er sinnvoller Weise in den sozialen Wohnungsbau stecken soll an die Wohnungsbaugesellschaft zahlen. Die Konsequenz: Dem Staat fehlt das Geld, neuen Wohnraum zu schaffen, und die Privaten werden durch solche Aktionen ganz sicher nicht ermutigt, in Berlin zu investieren.

Impressum

Ich spreche von Kevin Kühnert, der gefordert hat, dass jeder nur die Immobilie besitzen darf, in der er wohnt. Er möchte auch BMW enteignen, pardon, vergesellschaften und erntet damit von der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ Lob: „Endlich wieder Utopien“, titelt das Blatt.

Die Grünen haben sich in Person von Herrn Hofreiter dazu verstiegen, dem Einzelhaus mit Garten den Kampf anzusagen. Gerade in Corona Zeiten dürfte vielen Menschen bewusst geworden sein, wie wertvoll diese Wohnform ist. Es passt nur nicht in die Grüne Verbotstheorie, die den Menschen genau sagen möchte, wie sie zu leben haben.

Ich habe einen Kollegen von den Grünen mit dem Vorwurf der „Verbotspartei“ konfrontiert und ihn daran erinnert, dass ein Teil ihrer Bewegung, nämlich „Bündnis 90“ aus dem Widerstand gegen die Kommunistische Diktatur in der DDR entstanden ist. Ich bekam zur Antwort, na ja, unsere Vorschläge sind aber doch vernünftig. Mit Freiwilligkeit, die Ihr immer fordert, kommen wir nicht weit.

In diesem Punkt muss ich ihm allerdings Recht geben. Wer auf Freiheit und Vernunft setzt, erwischt tatsächlich nicht alle. Aber vielleicht sollten wir uns tatsächlich einmal darauf besinnen, auf allzu viel Bevormundung zu verzichten. Die Grundrechte zu achten, das heißt auch, Lebensweisen zu tolerieren, die einem nicht unbedingt gefallen: Im Sommer einen Grillabend zu veranstalten ist ebenso wenig unanständig wie mit Erdnüssen, Chips und Weißbier vor dem Fernseher zu sitzen, in den Urlaub zu fliegen oder ein Auto mit Dieselantrieb zu fahren. Er ist kein besserer oder schlechterer Mensch als ein Veganer, der auf einen privaten PKW verzichtet, Bionade trinkt und für den Bund Naturschutz spendet. Jeder hat das Recht, so zu leben, wie er das möchte. Als Manager oder als Landschaftsmaler, als Single oder Familienvater, in der Stadt oder auf dem Dorf, im Haus oder in der Dachgeschoßwohnung. Wenn wir das akzeptieren, dann leben wir die Grundrechte. Meint Ihr nicht auch?

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien ein schönes Wochenende und bitte bleiben Sie gesund!